

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1913

14.2.1913 (No. 44)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

No 44

Freitag, den 14. Februar 1913

156. Jahrgang

Expedition:
Karl Friedrich-Strasse Nr. 14 (Fernsprech-
auskunft Nr. 154), wofür auch Anzeigen
in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P,
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P
Einrückungsgebühr: die 6 mal gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 P Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird keine
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung
übernommen.

Staatsanzeiger.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staats-
eisenbahnen vom 11. Februar 1913 wurde der Eisen-
bahnassistent Stephan Mangold in Pforzheim wieder zum
Eisenbahnsekretär ernannt.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staats-
eisenbahnen vom 11. Februar 1913 wurde der Eisenbahn-
assistent Wilhelm Wörlein in Engen zum Eisenbahnsekretär
ernannt.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staats-
eisenbahnen vom 10. Februar 1913 wurden die Obersta-
tionskontrolloren Emil Panther in Rappenaau und
August Kunzmann in Oppenau zur Zentralverwaltung
in Karlsruhe veretzt.

Die Staatsprüfung im Forstfach betr.

Der Anfang der nächsten Staatsprüfung im Forstfach
wird auf

Dienstag, den 25. März d. J.,

festgesetzt.

Die schriftlichen Anmeldungen zu dieser Prüfung ha-
ben spätestens 4 Wochen vor ihrem Beginn unter Vor-
legung der im § 16 Absatz 1 der landesherrlichen Ver-
ordnung vom 2. Juli 1906, die Vorbildung für den
höheren Forstverwaltungsdienst betr. (Ges.-u. V.-Bl. S.
166), bezeichneten Nachweise an die Großh. Forst- und
Domänenverwaltung zu geschehen.

Karlsruhe, den 11. Februar 1913.

Großh. Ministerium der Finanzen.
Reinholdt.

Fell.

Gestorben:

am 5. Januar d. J.: Schindler, Gustav, Oberamtsrich-
ter a. D. in Freiburg;
am 17. Januar d. J.: Weis, Hippolyt, Finanzrat und
Finanzamtsvorstand a. D. in Freiburg;
am 22. Januar d. J.: Klotz, Christian, Amtsgerichts-
registrator a. D. in Bruchsal.

Nicht-Amtlicher Teil.

* Karlsruhe, 13. Februar.

Sozialdemokratische Geschichtsklitterung.

Der „Volksfreund“ kritisiert in seiner Nummer 36
vom Mittwoch, 12. Febr. unter der geschmacklosen Über-
schrift „Getrampel“ die Rede des deutschen Kaisers bei
der Berliner Universitätsfeier. Zwei Wendungen aus
der Rede sind es, die der „Volksfreund“ aufgreift,
um an ihnen seine geschichtliche Unkenntnis und
seine blinde Schaffigkeit austoben zu können.
Der Kaiser hatte daran erinnert, daß das preußische
Volk nach dem Hintritt des großen Königs den Glauben
an seinen Gott verloren hatte. Der Zusammenbruch von
1806 sei nicht Menschentat, sondern Gottesgericht ge-
wesen. Der „Volksfreund“ schreibt dazu, nachdem er auf
das Freidenkertum Friedrichs des Großen hingewiesen
hatte:

„Gerade nach dem Hintritt des großen Königs“ wurde die
Dynastie wieder fromm, sehr fromm und der liebe Gott würde
wirklich kein Einsehen gehabt haben, wenn er sie dafür durch
die Schlacht bei Jena bestraft hätte. Diese Niederlage war,
wenigstens nach der Annahme der Stein, Scharnhorst, Swei-
senau, allerdings nur „Menschentat“. Nach ihrer Ansicht war
sie geschuldet der beispiellosen Unfähigkeit des preußischen Kö-
nigs Friedrich Wilhelm III. und der niederträchtigen Gabsier
der Junkerklasse, die Heer und Volk bis auf den letzten Tropfen
Blutes ausgeschrotet hatte.“

Diese Auslassungen beruhen auf völliger Unkenntnis.
Nach dem Tode Friedrichs des Großen begann die Blüte
jener Aufklärung in Deutschland, die in ihren Auswüchsen
und Ausartungen einen beklagenswerten Materialismus
zur Folge hatte und eine allen solchen Zeitaltern eigen-

tümliche Art des Glaubens und der Religion erzeugte.
den Aberglauben und die Bigotterie. Von wahrer Fröm-
migkeit waren z. B. die Rosenkreuzer, die unter dem
Nachfolger Friedrichs des Großen ihr Unwesen trieben
und die Gebildeten in unheilvoller Weise beeinflussten,
gewiß nicht erfüllt. Die Ursachen des Zusammenbruchs
sind also nicht in der „beispiellosen Unfähigkeit Friedrich
Wilhelms III.“ und in der Gabsier der Junker zu su-
chen, sondern, wie Colmar von der Goltz in seiner
„Kriegsgeschichte Deutschlands im 19. Jahrhundert“ tref-
fend hervorhebt, in dem „allgemeinen Zuge der Zeit, der
die Aufklärung, die Befreiung von alten Vorurteilen,
die Humanität der Gesinnung, eine urbane Lebensart
und am Ende der Gemüß . . . zum Endziel alles Stre-
bens machte.“ Diese falsch verstandene Humanität war
z. B. schuld daran, daß vor Jena und Auerstädt die Sol-
daten hungern mußten: wurde ihnen doch verboten, nach
Kriegsbrauch Getreide aus den gefüllten Scheunen der
Bauern zu requirieren! Die weiteren Ursachen des Zu-
sammenbruchs beruhen auf dem veralteten System der
Kriegsführung und auf der Unselbstständigkeit, die im
Seeere bei hoch und niedrig großgezogen war.
v. d. Goltz fällt über die Geschlagenen von 1806
ein unerbittlich hartes und gerechtes Urteil. Aber
von der Begründung des „Volksfreunds“ ist er
weit entfernt, ja auch seine, aus den Quellen
gewonnene Überzeugung straft diese Begrün-
dung Lügen. Es war in der Tat letzten Endes der Man-
gel an der auf religiöser Basis ruhenden sittlichen Le-
bensanschauung, der jene Katastrophe verschuldete.

Der „Volksfreund“ behauptet dann weiter, auch der
große König haben diesen Glauben, diese Lebensan-
schauung verloren gehabt. Das ist ebenfalls unrichtig.
Man wird doch von einem Mann wie dem „Volksfreund“
nicht annehmen können, daß es unter Religion einen in
Dogmen erstarrten, engherzigen Konfessionalismus ver-
steht. Erblicken wir aber in dem Begriff der Religion
den Glauben an ein höheres Wesen, die Sehnsucht, sich
mit diesem Wesen auseinanderzusetzen, die Sittlichkeit
einer vom kategorischen Imperativ getragenen Lebens-
anschauung, so müssen wir Friedrich den Großen als
einen ganz eminent religiösen Menschen bezeichnen,
mochte er geistig auch noch so sehr Freidenker sein. Nur
ein Mann, der jene vom Kaiser gepriesene Lebensan-
schauung besaß, konnte als Sieger aus dem siebenjähri-
gen Krieg hervorgehen. Im übrigen verweisen wir auf
Kofers grundlegende Biographie Friedrichs des Großen,
in welcher ausdrücklich festgestellt wird, daß der große
König eine durchaus religiöse Natur war, und zwar eine
christlich-religiöse Natur. Friedrich der Große wollte
allerdings, wie Kofers sich ausdrückt, „unterschieden wis-
sen zwischen der christlichen Religion und ihren Ent-
stellungen durch den Klerus“; die Quintessenz aller
Moral war auch für den König enthalten in der einen
Vorschrift des Evangeliums: dem Nächsten nur das zu
tun, was wir von ihm aus getan wissen wollen. Fried-
rich der Große hat gegen d'Alembert und Holbach die
christliche Religion warm verteidigt, und zwar wegen
ihres Charakters ursprünglicher Reinheit. „Jesus Religion
war, so erklärte der König, ein reiner Deismus, und
sehen Sie, wie wir sie verbildet haben. Mit der Religion
Christi verteidige ich die Religion aller Philosophen,
und ich opfere Ihnen alle Dogmen, die nicht von ihm her-
rühren.“ So ist der große König, den die Loren auf
der Gasse als Atheisten verschreien, der tatkräftige Ver-
teidiger der christlichen Religion und der entschiedene
Gegner des Atheismus gewesen. Noch kurz vor seinem
Tode hat er Protest erhoben gegen allen Atheismus,
gegen allen Materialismus, indem er sagte: „Eine

blinde Materie als aller Wirkung erste Ursache an-
nehmen, das widerspricht und widerspricht meiner Ver-
nunft.“ Natürlich hat Friedrich der Große, den ein nicht
zu bändigender Hang zur Skepsis und zur Kritik be-
herrschte, in seinem langen Leben auch Äußerungen ge-
tan, die mit diesen ausgereiften Anschauungen nicht ganz
übereinstimmen. Bei der Betrachtung dieser einzig-
artigen Persönlichkeit muß eben immer wieder berück-
sichtigt werden, daß sie sich aus den krassesten Wider-
sprüchen zusammensetzte. Aber trotz dieser Widersprüche,
trotz aller Skepsis gegenüber philosophischen und meta-
physischen Systemen, trotz aller vornehmen Toleranz
gegen Andersdenkende, hat die Religion, verstanden in
einem tieferen, vergeistigteren Sinne, sein Denken und
Fühlen immer aufs innigste beschäftigt, ja teilweise ganz
ausgefüllt. Sonach ist es nicht zuviel gesagt, wenn wir
Friedrich den Großen als eine eminent religiöse Natur
bezeichnen. Wir empfehlen dem „Volksfreund“ die Lektüre
des Koferschen Buches. Vielleicht wird sie ihn, wenn
auch nicht umstimmen, so doch veranlassen, etwas tiefer
zu schürfen, bevor er derartige Betrachtungen hinaus-
flattern läßt.

Die zweite Wendung aus der Kaiserrede, die dem
„Volksfreund“ Unbehagen verursacht, ist der Satz:
„Innerhalb Deutschlands ist jederzeit Preußen und sein
Herrscherhaus der Träger des deutschen Gedankens ge-
wesen.“ Mit allerlei Geschichtsentstellungen will der
„Volksfreund“ beweisen, daß diese These nicht richtig ist.
Zunächst eins! Selbstverständlich haben die Vorfahren
des Kaisers bei ihrer Politik nicht an ein Ziel gedacht
und nach Lage der Dinge auch nicht denken können, wie
es 1870/71 in der Begründung des neuen Reiches er-
reicht wurde. Träger des deutschen Gedankens waren
sie aber von den Tagen des ersten Kurfürsten an. Ihre
Politik ist es gewesen, Brandenburg-Preußen stark zu
machen und so dem morschen und zerfallenden Gebäude
des Reiches einen Halt zu bieten. Diese Politik mußte bei
den schwankenden Verhältnissen die einzig richtige, er-
folgreiche sein. Gewiß, der eine Herrscher hat sie kräf-
tiger verfolgt, der andere schwächer. Je nach der
staatsmännischen Begabung hat sie der eine konsequen-
ter und hellseherischer gewürdigt und vertreten, wie der
andere. Aber der gemeinsame Zug ist nicht zu verken-
nen. Alle Vorfahren des Kaisers haben für den Reichs-
gedanken getan, was sie nur irgend vermochten, und oft
genug keinen Dank dafür geerntet.

Der „Volksfreund“ stellt nun einzelne Behauptungen
auf, die jene These des Kaisers entkräften sollen. So
sagt er zunächst, „die preussische Dynastie sei wider ihren
Willen durch den Aufstand der Massen zum Krieg gegen
Napoleon I. gezwungen worden.“ Das ist heller Unfinn.
Friedrich Wilhelm III. hat, da er sich seiner furchtbaren
Verantwortung bewußt war, mit dem letzten Schritt ge-
zögert, um Bündnisverträge zu schließen, die der Er-
hebung Sicherheiten für den Sieg schufen. Dann hat
er aber rückhaltlos die letzte Konsequenz gezogen und
ist bis zum Ende der Entschlossenste unter den ver-
bündeten Monarchen gewesen.

Der „Volksfreund“ behauptet weiter, im 16. Jahrh.
habe „Kurfürst Joachim I. die deutsche Kaiserkrone im-
mer ungeschickt an den französischen und spanischen Kö-
nig verschachert“. Richtig ist, daß die Haltung Joa-
chims I. während der Wahl eine sehr schwankende war.
Tatsache ist aber ferner, daß der Kaiser später gerade
an ihm einen besonders treuen Anhänger besaß.

Der „Volksfreund“ schreibt ferner: „Im 17. Jahrh.
ließ sich der sogenannte große Kurfürst seinen Verrat
an Kaiser und Reich mit rotem Golde von dem französi-
schen König Ludwig XIV. bezahlen.“ Diese Behauptung

ist ebenfalls eine Gesichtskritik. Gemeint ist offenbar der Vertrag von Boffem (16. Juni 1673). Der große Kurfürst schloß diesen Vertrag mit Frankreich ab, nachdem er zu seinem bitteren Schmerz hatte sehen müssen, wie ihn seine Verbündeten völlig im Stich ließen, obwohl er am energischsten gegen Frankreich gekämpft hatte. Doch wahrte er sich im Friedensvertrag ausdrücklich das Recht, seine Verpflichtungen gegen das Reich zu erfüllen. Frankreich gab ihm in dem Vertrage die gemachten Eroberungen heraus und sagte ihm als Ersatz für die entgangenen holländischen Subsidien 800 000 Livres innerhalb fünf Jahren zu. Dieser Betrag, auf den der große Kurfürst bei der Verwüstung seines Landes wohl Anspruch erheben durfte, ist nicht gezahlt worden, da der Krieg von neuem ausbrach. Die mit verlockenden Versprechungen verbrämten Anerbietungen Ludwigs XIV. zu einem gemeinsamen Bündnis gegen Kaiser und Reich hat der Kurfürst entschieden zurückgewiesen, statt dessen vielmehr mit dem Kaiser zusammen Frankreich von neuem bekämpft. Ein Edelmut, der durch den Frieden von St. Germain bekanntlich wenig gelohnt wurde. Wenn überhaupt einer der Vorfahren unseres Kaisers deutsch gedacht und empfunden hat, so ist es der große Kurfürst gewesen. Die Gesichtskritik des „Volksfreund“ ist also umso augenfälliger.

Das sozialdemokratische Blatt behauptet weiter, im Jahre 1741 habe Friedrich der Große sich mit Frankreich verbündet, um Schlesien zu rauben, und im Jahre 1756 habe er die Franzosen eingeladen, in Deutschland einzufallen, um Hannover zu erobern. Diese Behauptungen sind nicht beweiskräftig. Friedrich begann 1741 den ersten schlesischen Krieg, um alten, wohlbegründeten Ansprüchen Anerkennung zu verschaffen; doch stand er im Anfang ganz allein. Erst als er sehen mußte, daß er gegen die erdrückende Übermacht von halb Europa zu schwach sei, schloß er mit Frankreich ein Defensivbündnis ab. 1756 hat Friedrich der Große, um auf England einen Druck auszuüben, mit Frankreich, unterhandelt und ihm den Einmarsch in das mit England vereinte Hannover nahegelegt. Als König Georg II. von England davon erfuhr, schloß er mit Friedrich dem Großen die Westminsterkonvention. Das Ganze war also ein lediglich diplomatisches Manöver. Im übrigen war damals Hannover durch Personalunion mit England, also einem außerdeutschen Staate, verbunden. Bei der Beurteilung der Politik des großen Königs muß vor allem auch die für ihn ungünstige, ja verhängnisvolle Lage mit in Rechnung gestellt werden. Gegenüber einer Welt von Neidern und Feinden mußte Friedrich, wenn er sich und sein Preußen durchsetzen wollte, noch jeder sich bietenden Möglichkeit greifen, um seine Lage zu verbessern. Ferner sei darauf hingewiesen, daß Friedrich nicht den Kaiser bekämpfte, als er sich mit Frankreich verbündete, sondern für den Kaiser, Karl VII. (von Bayern), gegen Österreich kochte. Endlich noch eins zu diesem Punkte. Wenn auch des großen Königs Politik Frankreichs Hilfe nicht verschmähte, wenn er auch später mit der Kaiserin und mit dem Reich um das von ihm rechtmäßig beanspruchte Schlesien und um die Erbsitze Preußens sieben Jahre lang stritt, so hat doch seit den Zeiten der Staufer kein deutscher Fürst den Gedanken an ein wenigstens kulturell einiges Deutschland, den Stolz auf die Zugehörigkeit zur deutschen Nation so gestärkt, wie gerade Friedrich der Große.

Es bleibt noch die Behauptung übrig, Friedrich habe im siebenjährigen Krieg den Russen Ostpreußen angeboten. Es handelt sich offenbar um die Verhandlungen im Winter 1759/60. Sie zerschlugen sich, weil Rußland das bereits eroberte Ostpreußen als endgültigen Besitz forderte. Im übrigen gehörte Ostpreußen nicht zum Deutschen Reich. Es kann für den Beweis, den der Volksfreund antreten wollte, also gar nicht in Betracht kommen.

So bleibt als Resultat: der Volksfreund hat mit allerlei Gesichtskritiken versucht, Thesen aus der Rede des Kaisers zu widerlegen, die nicht zu widerlegen sind. Er hat von neuem gezeigt, daß ihm jedes Verständnis für deutsche und preussische Geschichte abgeht. Erreicht hat er diesen Mangel durch den Mut zur Entstellung und zur Beschimpfung.

C. A m e n d.

Zur Verlobung des Prinzen Ernst August Herzog zu Braunschweig und Lüneburg mit der Prinzessin Viktoria Luise von Preußen.

*Wie die „Neue politische Correspondenz“ erfährt, werden der Prinz Ernst August von Cumberland und Prinzessin Viktoria Luise nach ihrer Vermählung nicht un-

mittelbar als Herzog und Herzogin in Braunschweig residieren, sondern noch längere Zeit am Berlin-Potsdamer Hofe verweilen. Damit wird die Ankündigung bestätigt, daß durch das Verlöbniß und die Heirat politische Veränderungen in der braunschweigischen Frage zunächst nicht eintreten.

Der Präsident des preussischen Abgeordnetenhauses, Graf Schwerin-Löwicz, hat auf die von ihm an den Herzog von Cumberland und den Prinzen Ernst August zu Braunschweig-Lüneburg gerichteten Glückwunschtelegramme folgende Antworttelegramme erhalten:

Gmunden, 11. Febr. Mit besonderer Freude empfing ich den mir von Ew. Hochwohlgeboren übermittelten Beschluß des Abgeordnetenhauses, der mir die herzlichsten Glückwünsche zu dem so freudigen Ereignis der Verlobung meines Sohnes mit Ihrer königlichen Hoheit der Prinzessin Viktoria Luise, Ihrer geliebten Prinzessin, ausspricht. Ich bitte dem Hause der Abgeordneten meinen aufrichtigsten Dank zu übermitteln. Auch Ihnen meinen wärmsten Dank. (gez.) Ernst August.

Karlsruhe, 12. Febr. Die durch Ew. Erzellenz namens des Hauses der Abgeordneten mir zu meiner Verlobung ausgesprochenen herzlichsten Glückwünsche haben mich hoch erfreut, und ich bitte Ew. Erzellenz, meinen wärmsten Dank entgegenzunehmen und denselben auch dem Hause der Abgeordneten freundlichst übermitteln zu wollen. (gez.) Ernst August.

Auf das von dem braunschweigischen Landtag an den Herzog Ernst August abgeordnete Glückwunschtelegramm ist folgende Antwort eingegangen:

Gmunden, 11. Febr. Die uns vom Landtag des Herzogtums Braunschweig und der gesamten Bevölkerung in so warmer und herzlicher Weise ausgesprochenen Glück- und Segenswünsche zur Verlobung unseres Sohnes mit Ihrer königlichen Hoheit der Prinzessin Viktoria Luise haben uns innig erfreut. Wir danken aus tiefbewegtem Herzen und bitten, diesen unsern Dank den Abgeordneten und der Bevölkerung zur Kenntnis zu bringen. (gez.) Ernst August.

Auf das an die Prinzessin Viktoria Luise gesandte Telegramm ist folgende Antwort eingetroffen:

Karlsruhe, 11. Febr. Ihre königliche Hoheit Prinzessin Viktoria Luise von Preußen dankt dem Landtag des Herzogtums Braunschweig tiefgerührt für die freundlichen Glückwünsche. (gez.) v. Eulenburg.

Der Führer der Deutsch-hannoverschen Partei, Herr von Schele, bringt im Auftrage des Herzogs Ernst August von Cumberland durch Extrablatt in der „Deutschen Volkszeitung“ in Hannover folgende Kundgebung zu allgemeiner Kenntnis:

Gmunden, 11. Febr. Lieber Herr v. Schele! Es beglückt mich, Ihnen und den treuen Hannoveranern, die ebenso erhehend an unserm tiefen Schmerz teilgenommen haben, die freudige Botschaft machen zu können, daß unser geliebter Sohn Ernst August sich mit der Prinzessin Viktoria Luise, der Tochter des Deutschen Kaisers und Königs von Preußen, verlobt hat. Wir haben zu Gott, daß der Bund der deutschen Fürstentümer, der aus eigener Neigung eintretungen ist und mit dem Segen der Eltern geschlossen wurde, gedeihen möge zum Segen der Verlobten und unserer beiden Häuser. Ernst August.

Berlin, 12. Febr. Nach Ansicht maßgebender Persönlichkeiten der Provinz Hannover empfiehlt es sich dringend, wegen der Entwicklung der welfischen Frage vorläufig strengste Zurückhaltung zu beobachten. Abgesehen davon müßte es der deutsch-hannoverschen Partei zunächst selbst überlassen bleiben, wie sie sich mit den neuen Verhältnissen abzufinden gedenkt.

Wien, 12. Febr. Das „Freundenblatt“ bespricht an leitender Stelle die politische Bedeutung der Verlobung der Prinzessin Viktoria Luise von Preußen mit dem Prinzen Ernst August Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, und sagt: So gewinnt die Verlobung in Karlsruhe über die Hausgeschichte der beiden Fürstentümer hinaus und über die ganze innerpolitische Zukunft Deutschlands, zu dem Österreich-Ungarn als allezeit treuer Bundesgenosse hält, an Belang und Wichtigkeit. Wenn der erhabene Freund unseres Monarchen seine Tochter dem Sohn des Herzogs von Cumberland und Stammhalter und Fortsetzer des Welfenhauses verlobt, so muß die frohe Botschaft auch im ganzen Reich sympathischen Widerhall hervorrufen.

Reichstag.

* Berlin, 12. Februar.

Auf der Tagesordnung der heutigen Plenarsitzung steht zunächst die erste Beratung eines von den Sozialdemokraten eingebrachten Gesetzentwurfs betr. die Volksvertretung in den Bundesstaaten und Elsaß-Lothringen. Der Gesetzentwurf will dem Artikel 3 der Reichsverfassung hinzufügen, daß in jedem Bundesstaat eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählte Vertretung bestimme muß, für die alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts das aktive und passive Wahlrecht haben sollen. Der Abg. Wels (Soz.) erklärt, daß der Kampf um dieses Wahlrecht nichts weiter geworden sei, als eine Machfrage, und auch als solche behandelt und gelöst werden müsse.

Abg. Schahn (Zentr.) erklärt, was für das Reich gelte, könne auch den Einzelstaaten auf die Dauer nicht borenthalten werden, doch sei das Zentrum der Ansicht, daß, wenn auch eine Änderung des Wahlrechts nötig sei, der Reichstag hierzu nicht die Initiative ergreifen könne, sondern dies dem Bundesrat überlassen bleiben müsse.

Abg. Wapernmann (natl.) lehnt im Namen seiner Partei ab, den Bundesstaaten ein bestimmtes Wahlrecht vorzuschreiben. Auch der konservative Abg. Graf Kanitz lehnte es im Namen

der Konservativen ab, in eine Erörterung des Antrages einzutreten.

Abg. Kopisch (Fortshr.) führt aus, die gesamte Rinde tiefe dem Grundgedanken des Antrags sympathisch gegenüber. Das preussische Wahlrecht sei nicht geeignet, eine Volksvertretung zu schaffen, die die Stimmung des Volkes repräsentiere.

Auch der Abg. Seyda (Soz.) erklärt den Grundgedanken des Antrags als durchaus für seine Partei annehmbar. Namens der Reichspartei lehnt Abg. Martin den Antrag ab.

Der Abg. Burghardt (Wirtsch. Bg.) bringt den Wunsch der Christlich-Sozialen zum Ausdruck, auch im Landtage vertreten zu sein und fordert deshalb das geheime Wahlrecht.

In der sich sofort anschließenden zweiten Lesung erklärt Dr. Liebknecht (Soz.) öfters durch lärmende Zurufe aus dem Hause unterbrochen: Die Haltung der Rechten zu dem sozialdemokratischen Antrag sei ein schlagender Beweis für die Notwendigkeit, dieses „schmachvolle Wahlrecht“ zu ändern.

Der Abg. Stolovich (Fortshr.) kritisiert das in Mecklenburg geltende Wahlrecht und forderte Mittel und Wege, diesen Verhältnissen ein Ende zu machen.

Der sozialdemokratische Redner Dr. Herzfeld setzte die Kritik des Vorredners betr. die Mecklenburgische Verfassung fort. Nachdem noch der Sozialdemokrat Hofmann das Rubrikatier Wahlrecht als einen Hohn auf eine Volksvertretung bezeichnet hat, schließt die Debatte.

Der Gesetzentwurf wird in allen seinen Teilen abgelehnt. Eine dritte Beratung findet nicht statt. Hierauf wird auf morgen ein Uhr vertagt. Tagesordnung: Etat des Reichsjustizamts, der Post- und Telegraphenverwaltung, und der Reichsdruckerei. Schluß 37 Uhr.

Politische Übersicht.

Der Kaiser im deutschen Landwirtschaftsrat.

Der Vortrag, den der Kaiser, wie schon mitgeteilt, am Mittwoch im Deutschen Landwirtschaftsrat hielt, lautete der „Röln. Ztg.“ zufolge:

Meine Herren, ich hätte Ihnen vor zwei Jahren eine kurze Skizze gegeben über das Wesen der Meliorationen, die bei mir auf meinem Gut vorgenommen worden sind. Gute möchte ich mir erlauben, Ihre Aufmerksamkeit in Anspruch zu nehmen, um einige Zahlen darzustellen, die die Erfolge der fertigen Arbeit zeigen. Ich glaube, daß diese Zahlen schon etwas in den Wunsch hinein schlagen, den der Redner eben ausgesprochen hat. Sie muß Sie schon mit etwas Statistik langweilen (Geiterteit). Im Februar 1911 habe ich den Herren mitgeteilt, daß 1906 bis 1907 eine am Haß gelegene Fläche als Wiese ausgebaut worden ist. Diese Arbeit von ungefähr 500 Morgen Umfang ist nun beendet. Sie hat sich vollkommen bewährt und sie hat ermöglicht durchzuführen, was beabsichtigt war, nämlich einerseits das lebende Inventar zu vermehren und andererseits für die Landwirtschaft den Körnerbau zu heben. Vor der Wiesenmelioration waren 1780 Morgen Ackerland bestellt, und zwar mit Getreide, Winterung und Sommerung 700 bis 720 Morgen, mit Kartoffeln und Hackfrüchten 360 Morgen und mit Klee 700 bis 720 Morgen. Sobald die Wiesen in der Lage waren, reichlicher Futter für das Vieh abzugeben, war es möglich, sie ebenfalls mit Winterung und Sommerung zu bestellen. Mit Kartoffeln wurden mir 280 Morgen bestellt, soviel als zum Brennen notwendig ist, mit Klee- und Hackfrüchten 510. Die Ernte betrug vor der Melioration 600 bis 700 Fuder Getreide und nach der Melioration 1300 bis 1400 Fuder. Genane Mitteilungen über den Körnerertrag kann ich leider nicht machen, weil in den letzten Jahren die Acker teilweise durch starken Hagelschlag sehr gelitten hatten, wobei ein Verlust bis 70 Proz. entstand. Die 500 Morgen große Wiesenfläche war vorher so gut wie gar nicht ertragreich. Nach der Melioration brachte sie 1910 4000 Zentner Heu, Weide für 70 bis 80 Stück Rindvieh und 25 Pferde; 1911 9000 Zentner Heu, Weide für 120 Stück Rindvieh und 25 Pferde. Infolgedessen wurde das lebende Inventar erhöht und 1912 hatten wir eine Weidefläche für 140 Stück Rindvieh und 25 Pferde. Es war also möglich, infolge der Wiesenmelioration und infolge des durch sie gewährleisteten größeren Futterreichtums die Zahl des Rindviehs und der Schweine bedeutend zu erhöhen. Vor der Melioration hielt ich 60 Pferde, nachher 80 bis 90, darunter 10 ehle Zuchtstuten, also Remonten für die Dienstbereitschaft der Kavallerie. Vor der Melioration hielt ich 150 Stück Rindvieh, darunter bis zu 100 Milch Kühen. Mit einem Teil des lebenden Inventars will ich demnächst ein Vorwerk besetzen, um so mehr als ich meinen Pächter hinausgeschmissen habe (Lebhaftes Geiterteit), der nichts mehr taugte, und das ich in eigener Regie übernehmen will. (Geiterte Zustimmung.) Der Milchertrag pro Kuh und Tag betrug vor der Melioration 7 Liter und nach der Melioration 10 Liter bei einem Fettgehalt von 3,58 Proz. Schweine hatte ich vor der Melioration 80 bis 100, nachher 300 bis 350, darunter 30 Mutter-schweine. Die Wiesenmelioration kostete pro Morgen ungefähr 150 M.; die Aufwendungen sind also reichlich verzinst und damit ist der Beweis erbracht, daß wir tatsächlich in der Lage sind, innerhalb unseres Vaterlandes unsere Produktion so zu steigern, daß wir nicht nur, wie ich schon vor zwei Jahren hier angedeutet habe, die Fleischversorgung für das Vaterland übernehmen können, sondern auch die Versorgung für künftige Zeiten. Ich will aber nicht unterlassen hervorzuheben, daß diese schönen Erträge meiner Landwirtschaft auch zum guten Teil den hervorragenden Materialien zu verdanken sind, die ich von Herrn v. Lohow-Refus bekommen habe, und zwar sowohl Roggen als auch Hafer und Kartoffeln, die einen ganz hervorragenden Ertrag lieferten, durchschnittlich 100 Zentner pro Morgen. Ich bin etwas eitel und stolz darauf, daß es mir gelungen ist, den Pektifer Roggen in diese Gegend von Westpreußen einzuführen. Er war dort total unbekannt. Weil ich das gewünscht habe, habe ich die Landwirte der dortigen Gegend darauf auf-

merklich gemacht. In einer der schweren regnerischen Sommerzeiten der letzten Jahre, wo der Roggen wie gewohnt dalag, bemerkten die Landwirte, die auf einer durch meine Felder führenden Landstraße zurückkehrten, zu ihrem Erstaunen, daß der Roggen auf meinen Feldern aufrecht stand wie Manenlangen. (Geisterzeit.) Mein Verwalter war zufällig draußen und sah eine Reihe Waagen, die angehalten hatten und deren Insassen ausgestiegen waren. Er vermutete ein Unglück, ritt hin und fand eine ganze Menge Landwirte, die heftig diskutierten, was denn mit diesem Felde los sei. (Geisterzeit.) Als ihm der Inhalt dieser Gespräche mitgeteilt wurde, sagte er den Leuten, daß das Pestkorn Roggen sei, von dem den Landwirten nichts bekannt war. Die Folge war, daß im Herbst die Leute sich vor meiner Scheune geschlagen haben um diesen Roggen. (Geisterzeit.) Ich habe ein ausgezeichnetes Geschäft bei dem Verkauf gemacht (Erneute Geisterzeit) und alle Teile sind außerordentlich zufrieden. (Geisterzeit.) Ich sehe schon einige Neugierde auf Ihren Gesichtern, was aus dem Bos Indicus Major geworden ist. (Große allgemeine Geisterzeit.) Er hat sehr gut eingeschlagen. Hagenbed hat mir eine Reihe von älteren Bullentieren abgekauft, um sie später in den Kolonien zu verwenden. Ich habe weiter 15 Zebu-Kühe und 37 Kuhkälber stehen. Aufschluß über die Milchverwertung kann ich noch nicht geben, denn sie sind noch nicht so weit, aber bei den Zebu-Kühen habe ich in sehr interessanter Weise ihr altes Naturell, das sich auch in Indien zeigt, und wofür sie bekannt sind, auch bei der Nachzucht herausgestellt, nämlich eine kolossale Leistungsfähigkeit als Zugtiere, und ich hoffe sehr bald in der Lage zu sein, mit zwei Zugtieren im Gespann zu arbeiten, die einen Wagen mit schweren Gewichten schleppen sollen. Es ist sehr interessant zu beobachten, daß genau so wie in der Herde immer das beste und edelste gezogene Tier die Leitung übernimmt, auch bei meiner Herde die Zebu-Kälber an der Zete sind. In Indien werden ja die Zebu-Tiere auch zu sportlichen Zwecken verwendet. Sie sind außerordentlich schäftig, das Volk organisiert dort Rennen mit den Stieren und es gibt da außerordentliche Aufregungsszenen. Ich hoffe, aus diesen Zebu-Kälbern Gespanne zu ziehen, womit sie viel leisten. Vor allem werden die Erntewagen viel schneller hereinkommen als früher. Allerdings ob ich so weit kommen werde, daß ich dem Oberlandstallmeister in Traßelstein ein Rennen anbieten kann, will ich dahingestellt sein lassen. (Stürmische Geisterzeit!) Aber vielleicht werden wir mit der Zeit in Westpreußen ein ganz interessantes landwirtschaftliches Bild sehen. Auf Grund meiner kleinen Erfahrungen, es ist ja immerhin nur ein kleiner Besitz und eine kurze Zeit, bin ich also durchaus in der Lage, den ersten Satz des Herrn v. Lohow, daß es außer Zweifel steht, daß Deutschland nicht nur jetzt, sondern auch für die Zukunft den Nahrungsmittelbedarf seines Volkes decken kann, unbedingt zu unterschreiben. (Mit erhobener Stimme): Das können wir, und das müssen wir!

Der Kaiser verweilte bis um 1 Uhr im Deutschen Landwirtschaftsrat und verließ dann unter Hochrufen den Sitzungssaal. Außer den genannten Ministern war auch Staatssekretär Dr. Solz anwesend.

Eine bedeutsame Rede des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat veranstaltete am Mittwochabend ein Festessen im Hotel Adlon zu Berlin, an dem etwa 150 Personen teilnahmen, unter ihnen der Reichskanzler, mehrere Staatssekretäre und Minister. Als erster Redner sprach der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrats, Graf von Schwerin-Löwitz, der einen Rück- und Ausblick über die wirtschaftliche und namentlich finanzwirtschaftliche Entwicklung des vergangenen Jahres gab. Auf reiches statistisches Material stützend, führte der Redner aus, daß das deutsche Volk, welches sein ganzes Kapital in gewerblichen und landwirtschaftlichen Unternehmungen anlege, es ganz besonders notwendig habe, sich gegen die Kriegsschäden zu versichern. Es sei nach rein praktischen wirtschaftlichen Erwägungen das deutsche Volk verpflichtet, für die Versicherung seiner nationalen Verteidigung durch eine ausreichende Seemacht zu sorgen. Die Rede schloß mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser, die deutschen Fürsten und Freien Städte. Der zweite Vorsitzende des Deutschen Landwirtschaftsrats toastete auf die erscheinenden Gäste. Sodann ergriff Reichskanzler von Bethmann-Hollweg das Wort und führte u. a. aus: Ihrer liebenswürdigen Einladung zu dem heutigen Festmahl bin ich mit Freuden gefolgt. Freilich hat das letzte Jahr uns neben der guten Ernte auch einige Meinungsverschiedenheiten gebracht. Trotzdem komme ich gern zu Ihnen und fühle mich bei Ihnen wohl. (Beifall.) Ich sehe in Ihrer Einladung ein Zeichen, daß es nur Überzeugung ist, die uns in den Fällen trennt, wo wir verschiedene Wege gehen müssen. Die Ernte des letzten Jahres haben wir in Frieden bergen können. Das Friedensbedürfnis, das, wie ich glaube, alle Großmächte heisst und das uns hoffentlich über die Balkanfrage hinweghelfen wird, hat seine Grundlage in dem Bedürfnis, die Kräfte der Nationen in immer fortschreitender Arbeit zu entwickeln. Das letzte Jahr und besonders unsere heutigen Verhandlungen haben gezeigt, daß die deutsche Landwirtschaft darauf angewiesen ist immer mehr zu schaffen und zu produzieren. In die Feste und Feiern dieses Jahres werden immer die Hundertjahrfeierlichkeiten hineinklingen. Lassen Sie uns als beste davon den Opfermut festhalten, der 1813 unsere Väter erfüllte. Wir werden in diesem Jahre unsere Rüstungen zu Lande ver-

stärken müssen. (Lebhafter Beifall.) Alle verantwortlichen Stellen in Reich und Staat sind darin einig, daß wir mit den äußersten Mitteln gegen Krieg und Kriegsgefahr uns sichern und verteidigen müssen. (Lebhafter Beifall.) Insbesondere wird auch die Nation darin einig bleiben, wenn wir im Reichstag am Ostern herum die Vorlage verhandeln. (Beifall.) Es wird der Stolz der Nation sein, große Opfer willig zu bringen. Auf dem Boden der Heimat spricht für die Landwirte nicht nur das Korn, sondern ihm soll sich immer aufs neue der Fleiß und die Zähigkeit, die Genügsamkeit und die Zuversicht verjüngen, die im Laufe der Jahrhunderte unsere Väter im Staatskorn in ihn eingefügt haben. Galtten Sie diese Güter auch fernerhin in fürsorglicher Obhut, dann wird der Boden, auf dem wir stehen, niemals wanken. Die deutsche Landwirtschaft, sie lebe hoch! (Lebhafter Beifall.)

Aus dem elsass-lothringischen Landtag.

In der Zweiten Kammer des Landtags wurde am Mittwoch das Gesetz über die Erhöhung der Bergwerkssteuern sowie das Beamten- und Lehrerbefoldungsgesetz in dritter Lesung angenommen. Der Etat des kaiserlichen Statthalters gelangte in der Fassung zur Annahme, daß 100 000 Mark (bisheriger Betrag 200 000 M.) künftighin weggelassen sollen. Die Herabsetzung des Dispositionsfonds gab wiederum Anlaß zu einer Diskussion. Der liberale Abg. Burger erklärte namens seiner Fraktion, daß die Entschliebung wegen der Herabsetzung wenig glücklich sei. Man sollte im gegenwärtigen Augenblick die Stellung des kaiserlichen Statthalters nicht schwächen. Ein Teil seiner Fraktion werde gegen den Antrag stimmen. — Der sozialdemokratische Abgeordnete Gummel richtete an die Regierung die Anfrage, ob der kaiserliche Statthalter die elsass-lothringischen Bevollmächtigten zum Bundesrat instruiert habe, bei den Beratungen über die Heeresvorlagen im Bundesrat nicht für eine Vermehrung der Heereskosten einzutreten. Darauf erklärte Staatssekretär Jörn v. Dulach: Daß eine positive Antwort noch nicht gegeben werden könne, wäre aber die Vermehrung des Heeres zur Verteidigung des Reichs notwendig, so würde die elsass-lothringische Regierung die Konsequenzen ziehen und sie gutheißen, denn, wenn das Deutsche Reich nicht so stark wäre, dann würde der Friede längst gefährdet worden sein.

Das angebliche Bündnisangebot.

Die „Germania“ bringt eine parteiunabhängige Erklärung zu der Mitteilung der „Frkf. Stg.“, daß eine führende Persönlichkeit des Zentrums mit einem sozialdemokratischen Abgeordneten über ein eventuelles Zusammengehen im Falle einer Reichstagsauflösung verhandelt habe. Das führende Zentrumsglied des Reichs betont darin u. a.: „Ein Mitglied der Zentrumsfraktion des Reichstags hat einen solchen Versuch gemacht.“ Die „Mannheimer Volksstimme“ erwidert darauf: „Demgegenüber können wir unsere Mitteilung, die nicht von offiziellen Verhandlungen, sondern von „Unterhaltungen“ zum Zwecke der „Sondierung“ berichtet, nach wie vor nur aufrecht erhalten. Vielleicht erkundigt sich die Zentrumsfraktion bei ihren Mitgliedern, nicht ob sie Verhandlungen, sondern Unterhaltungen darüber geführt, deren Zweck auf der Hand lag. Im übrigen können wir mitteilen, daß es nicht ein Zentrumsglied allein war, sondern neben ihm noch eine Anzahl anderer, die sozialdemokratische Abgeordnete von der Absicht des Zentrums, es zur Reichstagsauflösung zu treiben, in Kenntnis setzten und die Stimmung unserer Partei hierüber sondieren wollten.“ Auch diese beiden gegenseitigen Erklärungen geben wir rein berichtend wieder.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 13. Februar.

Seine königliche Hoheit der Großherzog hörte heute vormittag die Vorträge des Geheimen Legationsrats Dr. Seyb und des Ministers Dr. Freiherrn von Bodman. Hierauf nahm Höchstdieselbe die Meldung des Generalmajors Gerhadt von Rohden, Inspekteur der Infanterieschulen, entgegen.

Am 2 Uhr 11 Minuten kam Seine Hoheit Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg, Regent des Herzogtums Braunschweig, und Ihre Hoheit die Herzogin Johann Albrecht zum Besuch der Großherzoglichen Herrschaften hier an. Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin empfingen die hohen Gäste am Bahnhof und geleiteten Höchstdieselben zum Großherzoglichen Palais, wo ihre Hoheiten Wohnung bezogen. Nachmittags 3 Uhr fand im Großherzoglichen Palais Familienintee statt, zu dem Ihre königliche Hoheit die Großherzogin Luise erschien. Zur Tafel im Großherzoglichen Palais um 6 Uhr sind verschiedene Einladungen ergangen. Heute abend wird Seine königliche Hoheit der Großherzog mit Ihren Hoheiten dem Herzog und der Herzogin Johann Albrecht zu Mecklenburg der aus Anlaß des 25 jährigen Bestehens der Abteilung Karlsruhe der Deutschen Kolonialgesellschaft stattfindenden Festigung im Museum anwohnen. Ihre königliche Hoheit die Großherzogin ist durch eine leichte Erkältung abgehalten, gleichfalls zu erscheinen.

Gestern abend hat bei dem Präsidenten des Staatsministeriums Staatsminister Dr. Freilherren von Dusch und Frau von Dusch in den Empfangsräumen des Staatsministeriums eine musikalische Abendgesellschaft stattgefunden, die Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin mit Höchstdihrer Anwesenheit beehrten. Die Veranstaltung, zu der etwa 120 Personen erschienen waren, nahm einen angeregten Verlauf. Die Allerhöchsten Herrschaften verweilten in huldvoller Unterhaltung mit den Anwesenden bis zum Schluß des Abends.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 13. Febr. In der heutigen Reichstagsitzung teilte Präsident Dr. Kämpf mit, daß vom Kaiser nachstehendes Telegramm eingetroffen ist: Ich danke herzlich für die freundlichen Glückwünsche des Reichstags zur Verlobung unserer Tochter Viktoria Luise mit dem Prinzen Ernst August von Cumberland. Wilhelm. Ferner ist ein Danktelegramm der Prinzessin Viktoria Luise durch das Hofmarschallamt und des Prinzen Ernst August von Cumberland eingegangen.

Berlin, 13. Febr. In der Budgetkommission des Reichstags wurde heute eine Resolution des Zentrums, die die gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit für die Marine-Infanterie und die Matrosen-Artillerie verlangt, mit den Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokratie angenommen, trotzdem Staatssekretär von Tirpitz die schwersten Bedenken dagegen ausgesprochen hatte. Zu dem Kapitel 52 des Marineetat (Zindiensthaltungen) liegt eine Resolution des Zentrums vor, die besagt, die Verpflegungszulagen, Lage- und Messgelder, Landzulagen werden gezahlt für die Tage der dauernden Abwesenheit, bei Fahrten auf offener See, also nicht beim Dienst im Hafen. Staatssekretär von Tirpitz erklärte hierzu: Ich glaube, es ist niemand in dieser hohen Kommission, der sich nicht ganz darüber klar ist, daß ich an dem Tage, an dem dieser Antrag Gesetz wird, aufhören werde, Staatssekretär des Reichsmarineamts zu sein. Ich halte diesen Antrag für gänzlich undurchführbar. Freie Verpflegung für Offiziere und Mannschaften in See und Hafen ist unerlässliche Vorbedingung für einen geregelten Dienstbetrieb an Bord. Solange die preussische und die deutsche Marine besteht, und in allen fremden Marinen, ist freie Verpflegung vorhanden. Mehr habe ich bei dieser Gelegenheit nicht zu sagen. Die Abstimmung über diese Resolution wird auf die nächste Sitzung verschoben.

Berlin, 13. Febr. In der heutigen zweiten Lesung des Leuchtgesetzes nahm die Kommission des Reichstages die §§ 1 und 2 des Entwurfs (Reichsmonopol, Betriebsgesellschaft) mit unwesentlichen Änderungen in der Fassung der Regierungsvorlage mit allen Stimmen gegen die des Zentrums und der Polen an.

Berlin, 13. Febr. Die Kaiserin, Prinzessin Viktoria Luise, Prinz Ernst August Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, sowie Prinz u. Prinzessin Max von Baden sind heute vormittag 8 Uhr 30 Min. auf dem Potsdamer Bahnhof eingetroffen. Der Empfang durch den Kaiser, die Prinzen und die gesamte Berliner Bevölkerung gestaltete sich außerordentlich herzlich.

Wien, 13. Febr. Das „Wiener Fremdenblatt“ äußert sich in einer Besprechung der Mission des Prinzen Hohenslohe hoch erfreut über den Empfang des Prinzen am russischen Hofe und gibt der Ansicht Ausdruck, daß mit dem Eintritt der neuen Verhältnisse allmählich die Reibungsflächen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland schwinden, und daß es sich bei den etwa noch vorhandenen Divergenzen eigentlich nicht um reale Interessengegenstände, sondern eher um Überbleibsel aus früheren Zeiten handle, die durch die Geschichte der letzten Monate überholt wurden.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrologie vom 13. Februar 1913.

Das Hochdruckgebiet über Mitteleuropa besteht nahezu unverändert weiter, in seinem Bereich herrscht teils heiteres, teils nebligtes Wetter mit leichtem Frost in Süddeutschland. Im Osten des Reiches verursacht eine neue über Nordwestrußland erschienene Depression Erdrückung. Unser Gebiet wird voraussichtlich noch weiter im Bereich des hohen Druckes bleiben; es ist deshalb auch weiterhin heiteres Wetter mit leichten Nachtfrostn und stellenweisen Morgennebeln zu erwarten.

Verantwortlich für die Redaktion:
Chefredakteur C. A. Mend in Karlsruhe.

Druck und Verlag:

G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

„Café Museum“
5-Uhr-TEE | Eigene Konditorei.

Exquisite Neuheiten
TÜRKPABST'S
FRANKFURT-MAIN
Sprossen-Pasta
Majles-Herings-Pasta
Mayonnaise mit Tomaten
Definit, praktisch, preiswert.

R Th Wald-
straße 30
E.145

**Farben-
photographien**
(Lumière-System)
vom Königl. Hofphotograph
Hildenbrand - Stuttgart

**Rollschuh-Palast.
Triumphator-Ausschank.**

Täglich abends 6 Uhr:
München in Karlsruhe.

Hans Feistbauer, Festwirt aus München, mit seiner weltberühmten Original-Oberlandler-Kapelle, gibt täglich grosse populäre, sowie humor. Konzerte, Ausführung der weltbekanntesten Schuhplattler-Tänze, ausgeführt von preisgekröntem Tänzerpaar Wein-Nische. **Humor. Stimmung.** Englisches Buffet. Münchener Spezialitäten. Rostbratwürstchen mit Sauerkraut.

Sonntag 11—1 Uhr: **Frühschoppen-Konzert.**
Nachmittags 3—11 Uhr: **Fidele Bier-Konzerte.**

Zu recht zahlreichem Besuche ladet höflichst ein
E.147

Die Direktion.

Godesberg bei Bonn a. Rh. Töchter-
pensionat **Godesruhe**
Hausl. u. wissenschaftl. Eigen. Haus, großer Garten. Durchaus erfrischend und vorzüglich empfohlen. Eintritt jederzeit.

**Residenz-
Theater Waldstr. 30**

Eine kinematographische Aufnahme am vergangenen Dienstag, 11. d. Mts, anlässlich der **Parade-Abnahme durch S. M. Kaiser Wilhelm**

kommt voraussichtlich am **Freitag**, wenn nicht schon am **Donnerstag**, zur Vorführung. E.144

**Wettbewerb zum Grenadierdenkmal
in Freiburg im Breisgau.**

Auf Grund des Preisauswählens vom 13. November 1912 sind von in Baden ansässigen oder geborenen Künstlern 57 Entwürfe (Modelle) zum Teil in mehrfachen Varianten eingereicht worden. E.149

Das Preisgericht hat heute unter denselben Auswahl getroffen und die Preise verteilt wie folgt:

1. Preis im Betrage von 500 M. dem Entwurf mit dem Kennwort: „Fels“ (5 gegen 4 Stimmen).
2. Preis im Betrage von 300 M. dem Entwurf mit dem Kennwort: „Geroen“ (5 gegen 4 Stimmen).
3. Preis im Betrage von 200 M. dem Entwurf mit dem Kennwort: „Decorum pro patria mori“ (3 gegen 1 Stimme).

Weiter wurden folgende Entwürfe zum Anlauf empfohlen:

- a. Kennwort: „Wanderer kommt du nach Sparta“.
- b. Kennwort: „Anno 1713“.

Als Verfasser dieser Entwürfe ergaben sich nach Eröffnung der betreffenden Briefumschläge folgende Herren:

1. Preis: Wilhelm Nisch, Bildhauer in Mannheim.
2. Preis: Karl Albitzer, Bildhauer in Ettlingen.
3. Preis: C. A. Medel, Architekt, in Verbindung mit Bildhauer Ludwig Kubanek, beide in Freiburg.

Ankäufer:

- a. Arnold Nidert, Bildhauer in München (geboren in Freiburg).
- b. Otto Feist, Bildhauer und Lehrer an der Großh. Kunstgewerbeschule in Karlsruhe.

Das Preisgericht ging in seiner Entscheidung von der Ansicht aus, daß bei der Ausführung die Figuren und das Relief auf den mit dem 1. und 2. Preis bedachten Entwürfen, soweit das Material es zuläßt, mehr die historischen Formen der Zeit von 1713 berücksichtigen sollten.

Die sämtlichen Entwürfe werden von Mittwoch den 12. d. M. an bis Mittwoch, 26. d. M. einschließlich, im Kaufhausfaale zu Freiburg öffentlich und unentgeltlich ausgestellt (von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags täglich).

Freiburg im Breisgau, 10. Februar 1913.
Der Vorsitzende des Preisgerichts,
Dr. Winterer, Oberbürgermeister.

Bekanntmachung.

Bei der heute vorchriftsmäßig vorgenommenen Ziehung der im Jahre 1913 zur Heimzahlung bestimmten Schuldverschreibungen der römisch-katholischen Kirchengemeinde Freiburg im Breisgau wurden folgende Nummern gezogen:

- a) vom Anlehen 1900:
Lit. A à 1000 M. Nr. 43, 161.
Lit. B à 500 M. Nr. 79, 89, 251, 319.
Lit. C à 300 M. Nr. 33, 88.
Lit. D à 200 M. Nr. 116, 235, 333, 465, 488.
- b) vom Anlehen 1908:
Lit. A à 1000 M. Nr. 27, 43.

Diese Schuldverschreibungen werden zur Heimzahlung und zwar erstere auf 1. September, letztere auf 1. Dezember 1913 gekündigt, von welchem Tage an keine weitere Zinsen mehr vergütet werden. E.136

Die Zahlung geschieht bei der katholischen Kirchensteuerkasse Freiburg i. Br., dem Bankhaus J. A. Krebs und der Gewerbebank hier gegen Rückgabe der betreffenden Schuldverschreibung mit den dazu gehörigen Zins- und Erneuerungsscheinen. Freiburg, den 10. Februar 1913.
Der Stiftungsrat der kath. Pfarrkirchengemeinde,
Breitle.

**Fahrrad-Reparaturwerkstätte
P. Eberhardt**
befindet sich jetzt
Amalienstraße 57
nächt der Hirschgasse
und empfiehlt sich zur Übernahme sämtl. Reparaturen an **Fahrrädern aller Systeme.** Zur gründl. Reinigung u. Instandsetzung jede beste Gelegenheit. **Emaillierung, Vernickelung, Neue Pneumatik und Zubehörteile** allerbilligst. **Freilauf-Einrichtung u. Doppelübertragung** für alle Fabrikate. Die Räder werden abgeholt und wieder zugestellt. Alle Aufträge werden prompt erledigt.
Telephon 724. E.124

400 qm Bauplatz
in nächster Nähe des zukünftigen neuen Aufnahmehausgebäudes in Heidelberg billig zu verkaufen.
Zu erfragen unter E. 137 in der Exped. dieses Blatt.

**Dienstweisung
für 1913.
Steinfeher**
Antliche Ausgabe
Preis je 30 Pfg.
Zu beziehen vom
Verlag der
G. Braun'schen Hofbuchdruckerei
Karlsruhe 12.

Deutscher Phönix
Versicherungs - Aktien - Gesellschaft.
Herr Geheimrat Regierungsrat Dr. Gustav von Brüning hier ist durch Tod aus unserem Aufsichtsrat geschieden. Frankfurt a/M., 12. Febr. 1913. E.148
Der Vorstand.

Stipendien - Vergabung.
Aus der „Elisabethenstiftung“ sind für unbemittelte, brave junge Leute, welche sich dem Studium der katholischen Theologie widmen und zu diesem Zwecke eine Mittelschule, Höchschule oder ein Seminar besuchen, 650 Mark zu vergeben. Nach Prüfung der Würdigkeit werden Studierende, die im ehemaligen Fürstlich Fürstbergischen Landesgebiete geboren und wohnhaft sind, vorzugsweise berücksichtigt. Bewerber wollen ihre Gesuche unter Vorlage ihrer Studienzeugnisse sowie eines Vermögens- und Leumundzeugnisses bis 1. März d. J. bei der Fürstlich Fürstbergischen Kammer in Donaueschingen einreichen.

Speise-, Wohn-, Schlaf- und Fremdenzimmer

Ersparnis eines zweiten **Schrankes**

Patent-Reform-Kleider- und Wäscheschrank

Hier bestens eingeführtes und praktisches Möbelstück Aufnahme von 36 Kleidungsstücken und einer großen Anzahl Wäsche und Güte. — Extra-Vorrichtung für Schirme und Pelzwaren. Lieferbar in allen Holzarten, mit u. ohne Spiegel

Alleinverkauf bei E.140

Lazarus Bär Wwe., Möbelmagazin,
1925 Telephon 1925 Birkel 3 Ecke der Balbhornstraße

Bis jetzt habe ich dieselben auswärts verkauft nach: Augsburg, Baden, Bielefeld, Esch, Frankfurt, Freiburg, Hannover, Heidelberg, Hirsch, Hornberg, Kiel, Mannheim, Metz, München, Oppenau, Posen, Prag, Passau, Straßburg, Stuttgart und Tübingen. :-:

Küchen-Einrichtungen und Vorplatz-Möbel

Einzelne Möbelstücke **Reinlichste Möbel und eiserne Betten**

Bürgerliche Rechtspflege.

a. Streitige Gerichtsbarkeit.
3.661.2 Karlsruhe. Der Kaufmann Josef Ludwig Lütlich zu Forstheim, Wolfstraße Nr. 5, Prozeßvollmächtiger: Rechtsanwalt Graefe in Forstheim, klagt gegen seine Ehefrau Margarethe Lütlich geb. Samann, zurzeit an unbekanntem Orten, früher zu Forstheim, auf Grund des § 1565 BGB. mit dem Antrage auf Scheidung der am 24. April 1902 zu Paris geschlossenen Ehe der Streittheile aus Verschulden der Beklagten.
Der Kläger ladet die Beklagte zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 2. Zivilkammer des Gr. Landgerichts zu Karlsruhe auf **Samstag den 3. Mai 1913, vormittags 9 Uhr,** mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gerichte zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßvollmächtigen vertreten zu lassen.
Karlsruhe, 10. Febr. 1913.
Gerichtsschreiber des Gr. Landgerichts.

3.685. Wühl. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Wilhelm Drambach in Wühl wurde nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.
Wühl, 10. Januar 1913.
Gerichtsschreiber des Gr. Landgerichts.

3.682. Donaueschingen. 1. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Gastwirts Leopold Weinmann, zur Hirschgasse in Hochemmingen, ist durch Gerichtsbeschluß von heute eingestellt, da eine den Kosten des Verfahrens entsprechende Konkursmasse nicht vorhanden ist.
2. Termin zur Abnahme der Schlußrechnung ist auf **Samstag den 1. März 1913, vormittags 11 Uhr,** vor diesem Gerichte bestimmt.
Donaueschingen, 25. Januar 1913.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

3.686. Freiburg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Friedrich Rutschler in Freiburg-Gaslach ist Schlußtermin gem. § 162 R.O. bestimmt auf **Freitag den 7. März 1913, vormittags 9 Uhr** vor dem Amtsgericht hier selbst, Holzmarktplatz Nr. 6, 1. Etod, Zimmer Nr. 1, Freiburg, 7. Febr. 1913.
Gerichtsschreiber des Gr. Landgerichts.

3.687. Heidelberg. Über das Vermögen d. Kaufmanns Friedrich Loos in Heidelberg, Inhabers der Firma Joh. Chr. Loos, Konditorei und Café daselbst, ist heute am 11. Februar 1913, mittags 12 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden.
Der Kaufmann Friedrich

Wilhelm Werner in Heidelberg ist zum Konkursverwalter ernannt.
Konkursforderungen sind bis zum 20. März 1913 bei dem Gerichte anzumelden.
Es ist zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder der Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände Termin vor dem diesseitigen Gerichte, Zimmer Nr. 25, 2. St., bestimmt auf **Dienstag den 11. März 1913, vormittags 9 Uhr,** ferner zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Freitag den 28. März 1913, vormittags 9 Uhr.**
Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu veräußern oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 20. März 1913 Anzeige zu machen.
Heidelberg, 11. Febr. 1913.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts I.

3.655. Konstanz. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Gastwirts Dismas Schöber, zur Germania in Konstanz, wurde nach rechtskräftiger Befriedigung des Zwangsvergleichs sowie nach Vornahme der Schlußverteilung gemäß § 190 R.O. aufgehoben.
Konstanz, 6. Febr. 1913.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

3.682. Mannheim. Über das Vermögen des Kaufmanns Heinrich Ernst in Mannheim, Stahlgasse 4, wird heute nachmittags 5 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.
Zum Konkursverwalter wird ernannt: Kaufmann Theodor Michel, K. 3, 17. Konkursforderungen sind bis zum 1. März 1913 bei dem Gerichte anzumelden.
Zugleich wird zur Beschlußfassung über die Wahl eines definitiven Verwalters, über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Dienstag den 11. März 1913, vormittags 11½ Uhr,** vor dem Gr. Landgerichte, Abt. 3, IV, 2. Etod, Zimmer Nr. 113, Termin anberaumt.
Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder z. Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben,

nichts an den Gemeinschuldner zu veräußern oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 1. März 1913 Anzeige zu machen.
Mannheim, 11. Febr. 1913.
Gr. Landgericht Abt. 3, 4.

b. Freiwillige Gerichtsbarkeit.
Bekanntmachung.
3.676.2.1 Durlach. Die durch Gr. Landgericht Durlach unterm 20. Januar 1898 auf Ableben des Stadtrechners Hermann Friedrich und dessen Ehefrau Katharina geborene Kath. Deutsch in Durlach erteilte Erbscheinung wird gemäß § 2361 Abs. 2 BGB. für kraftlos erklärt.
Durlach, 30. Jan. 1913.
Gr. Landgericht I als Nachlassgericht.

Verdichtene Bekanntmachungen.
Gothausarbeiten zur Vergrößerung des Arbeiterwohngebäudes Partstation 13, der Durlach-Wühladerbahn, Gemerkung Söllingen, nach Finanzministerialverordnung v. 3. Januar 1907 öffentlich zu vergeben: Erd-, Maurer- u. Betonarbeiten, Zimmerarbeiten, Malerarbeiten, Schreinerarbeiten, Malerarbeiten, Schlosserarbeiten, Anstreicherarbeiten, Tapezierarbeiten (beil. 100 qm Tapeten samt Aufgeben), Pfisterarbeiten (beil. 30 qm Stenbleisplaster). Zeichnungen, Bedingungen und Arbeitsbeschreibung auf unserem Hochbaubüro (altes Aufnahmehausgebäude, 1. Etod) zur Einsicht; dort Abgabe der Angebotsprotokolle. Angebote verschlossen, postfrei und mit der nötigen Aufschrift bis längstens **Samstag den 1. März 1913, vormittags 11 Uhr,** bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen.
3.701.2.1 Durlach, 12. Febr. 1913.
Gr. Landgericht, Bahnbaupolizei.

Das Anschließende der Aborte und der Hausentwässerung der Dienstwohngebäude Refektorialstraße 3 und 4 im Mannheimer Hauptbahnhof an das Sied nach der Finanzministerialverordnung v. 3. Januar 1907 öffentlich zu vergeben.
3.529.2. Bedingungen und Zeichnungen auf unserem Geschäftszimmer, Lammstraße Nr. 5, Zimmer 2, zur Einsicht, wo auch die Angebotsprotokolle erhältlich.
Mein Verband nach auswärts. Angebote verschlossen, postfrei, mit der Aufschrift: „Siedbauarbeiten“, bis längstens **17. Februar d. J., vormittags 10 Uhr,** an uns.
Mannheim, 3. Febr. 1913.
Gr. Landgericht, Bahnbaupolizei.